

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 7-8

Artikel: Diskussion : war der Nato-Krieg vermeidbar? (NW 6/99)
Autor: Frikart, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144187>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Tauschmittel Geld zurückzugreifen, ist weit entfernt von patriarchal vorgeschriebener «weiblicher Fügsamkeit» und ist für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft von entscheidender Bedeutung: Es ist die Politik der gelingenden Beziehungen, eine weitgehend unsichtbar gemachte sinnstiftende Politik, die, so unsere These, heute, am Ende des Patriarchats, wieder öffentlich sichtbar wird, sich aber vorerst den Kategorien herkömmlichen Politisierens entzieht. Geld ist in dieser Politik nicht unwichtig, aber zweitrangig.

Weil ich diese selbstbewusster werdende Politik täglich wahrnehme, halte ich die Verzweiflung über das Scheitern korrekter Gleichstellungspostulate nicht mehr für der Weisheit letzten Schluss – selbst wenn ich mich über die Mutterschaftsversicherung gefreut hätte.

Der Haushalt Gottes ist mitten unter uns. Wer Ohren und Augen hat, der höre und sehe.

Zeit zum Nachdenken

Vielleicht ist es aber tatsächlich noch zu früh, den von der Frauenbewegung initiierten Paradigmenwechsel in eine linke Öffentlichkeit hineinvermitteln zu wollen, die mit der Rettung des Sozialstaates und ihrer eigenen Identität vollauf

beschäftigt zu sein scheint. Ich möchte deshalb an dieser Stelle eine Pause in unserem Dialog vorschlagen, was nicht bedeutet, dass ich nicht auf die Fortsetzung der Debatte später und mit breiterer Beteiligung hoffe. Bevor ich mir sommerliche Erholung von der anstrengenden Arbeit des Umdenkens gönne, noch eine Frage und ein Hinweis:

Hast Du eigentlich Hannah Arendt und die Texte der italienischen Differenzdenkerinnen gelesen? Welchen «ändern Staat ich möchte», kannst Du in NW 1/1999 auf Seite 35 nachlesen. Es ist nicht der Blochersche Schrumpfstaat, aber auch nicht der «neutrale».

Herzliche Grüße vom Berg

Ina Praetorius

1 Vgl. Ina Praetorius, Zum Jahr 2000, in: MoMa 10/98, S. 19f. und in: Norbert Sommer (Hg.), Mythos Jahrtausendwechsel, Berlin 1998, S. 115–118.

2 Der Begriff der «weiblichen Freiheit» wird seit Jahren von den italienischen Differenzdenkerinnen entfaltet. Vgl. Libreria delle donne di Milano, Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis, Berlin 1988.

3 Vgl. Ina Praetorius, Die Lehre der Unbelehrbaren, in: NW 12/1997, S. 343–349.

4 Vgl. Libreria delle donne di Milano, Das Patriarchat ist zu Ende, Rüsselsheim 1996.

Kleiner Nachtrag

Liebe Ina

Mit Deinem Vorschlag, unserem Dialog eine Pause zu gönnen, bin ich sehr einverstanden. Eine Debatte «über das feministische Politikverständnis» sollte auch sehr viel breiter geführt werden. Ich bin neugierig, inwiefern es weitere Feministinnen gibt, die den von Dir und Andrea Günter vorgeschlagenen Paradigmenwechsel nachvollziehen.

Nur einen Satz möchte ich richtigstellen: Ich sage an keiner Stelle, «unabdingbare Voraussetzung für gelingendes Leben sei die <gerechte>

Verteilung des Geldes». Ich sage nur, dass Politik für gelingende Beziehungen nicht unmittelbar zuständig sein kann. Aufgabe der Politik ist es vielmehr, Voraussetzungen zu schaffen, die gelingende Beziehungen ermöglichen oder Hindernisse für gelingende Beziehungen wegräumen. Die Mutterschaftsversicherung wäre dafür ein gutes Beispiel (gewesen). Vielleicht sind wir uns darin sogar einig.

Und nun wünsche ich Dir viel sommerliche Erholung vom Umdenken. Ich werde die Pause gerne nutzen, um Deinen freundlichen Literaturhinweisen Folge zu leisten. *Willy Spieler*

War der Nato-Krieg vermeidbar? (NW 6/99)

War der Nato-Krieg vermeidbar? Ich fürchte, man hat in den letzten acht Jahren schon *zuviel ausprobiert*, vom blossen Zuschauen, als Panzerkolonnen die zivile Stadt Vukovar bombardierten und serbische Verbände anschliessend diejenigen massakrierten, die nicht fliehen konnten (alle Spi-

talinsassen), über Besorgnis und diplomatischen Druck, als Bosnien nach perfidem Muster in den Krieg gerissen wurde: 1. durch Schüsse auf eine Friedensdemonstration in Sarajewo, 2. mit wohl-vorbereiteten nächtlichen Liquidierungsaktionen gegen alle Nichtserben im Raum Brcko und

3. durch einen Artilleriekrieg des Landes gegen die Städte. Dann wurden schlecht bewaffnete Friedenstruppen geschickt, die Bilder der angeketteten OSZE-Geiseln sind in schlechter Erinnerung, in noch schlechterer die niederländischen Truppen in Srebreniza als Kulisse für ein weiteres Massaker an Zivilisten, immerhin an gegen 10 000 Männern.

Der Militäreinsatz gegen das Belgrader Regime war kaum zu umgehen

Erst *Luftschläge der Nato* zwangen die serbische Seite zum Einlenken. Zwei Jahre später dasselbe Bild in Kosovo: Serbische Truppen spielen Katz und Maus mit OSZE-Beobachtern, veranstalten nächtliche Massaker an Kosovo-Zivilisten aus Spass und Provokation: Bald hätte die OSZE-Überwachung ein Bild abgegeben wie die Nato-truppen in Srebreniza. Die Liquidierung und/oder Vertreibung der nichtserbischen Bevölkerung im serbischen «Stammland» gehörte zum selben Plan wie das Vorgehen 1994 um Brcko – sie wurde durch die Nato-Angriffe zwar beschleunigt, aber sie wäre so oder so unerbittlich durchgeführt worden.

Nicht im Licht der letzten paar Monate, der fahrlässigen Aktionen der UCK und von Rambouillet allein, aber im Licht der Belgrader Politik der letzten zehn Jahre, der offengelegten und ideologisch begründeten Absichten und des vielfältigen Tatbeweises für diese Absichten war ein militärisches Vorgehen gegen dieses Belgrader Regime kaum noch zu umgehen, wollte der «Westen» den Ermahnungen bezüglich *Menschenrechten und Völkerrecht* noch Nachdruck verleihen.

Dass die Nato diese Aktion *ohne den Unosegen* führte, bedeutet einen bedenklichen Mangel an Legitimität. Die Uno ist aber aufgrund des Vetorechts einiger Mächte blockiert: Russland hätte eine militärische Aktion anhaltend verhindert. Die Uno muss handlungsfähig werden; sie ist es jetzt aber nicht. Ich halte es für heikel, aber vertretbar, wenn die Nato jetzt in dieses Vakuum getreten ist und handelt, aber die Uno muss mit reformierten Strukturen das Heft wieder in die Hand nehmen.

Bezüglich der Durchführung der Aktion verurteile ich den Einsatz von *Streubomben*, auch z.B. die *Bombardierung des Fernsehgebäudes* in Belgrad, denke aber, dass der Angriff auf die Verkehrsinfrastruktur vertretbar war. Das Regime Milosevic, das eher eine *Günstlingswirtschaft* als eine ideologisch-fanatisch motivierte Herrschaft darstellt, war mit der Zerstörung der Profitgrundlagen zu treffen. Ob der Krieg dann kürzer oder länger dauert, darf nicht mehr entscheidend sein. Wird ein Vorgehen – hier gegen Belgrad – als

legitim oder notwendig erachtet, muss das Vorgehen zum Ziel führen, auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen verheerend sind und kurzfristig in keinem Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen. Die Signalwirkung eines solchen Vorgehens kann sehr positiv sein; die Signalwirkung des Resignierens gegen ein Regime wie das von Belgrad wäre verheerend.

Neutralistische Position?

Für nicht gerechtfertigt halte ich eine neutralistische Position zwischen Serben und Kosovari im Kosovo: Wer hier fremdbestimmt und unterdrückt und wer sehr lange geduldet und erlitten hat, ist doch offensichtlich. Bemerkenswert lange ist die Bevölkerung Kosovos dem *Gandhi-Anhänger Rugova* gefolgt. Sie hat die Bemerkung, dass die *Täter-Opfer-Frage* in dieser Region eine Frage der Macht sei, nicht verdient – auch nicht die Bevölkerung der bosnischen Städte. Die Nato hat mit dem Bombardement Hass auf sich gezogen, aber sie ist nicht Auslöserin dieses Hasses. In Abwesenheit des Westens wurde in Kroatien und Bosnien nicht weniger Hass gesät. Der Westen war vor acht Jahren nicht bereit oder fähig zur Tat: Wäre er es gewesen, ein wohlgezielter Angriff auf die Panzerkolonnen gegen Vukovar hätte vielleicht viel künftigen Hass verhindert; damals hätte man die serbische Armee noch ins Mark treffen können... (Ich wäre damals dagegen gewesen.). Natürlich wird man der gebeutelten serbischen Bevölkerung *Nothilfe* leisten müssen, dass man aber nachhaltige Aufbauhilfe an die Beseitigung Milosevics binden will, scheint vernünftig, mindestens als momentane taktische Position gegen die Belgrader Machtträger.

Ich bin für meinen Teil für das Vorgehen der Nato, weil ich es von der Sache her für legitim und notwendig halte; ich habe auch die *US-Invasion in Haiti* begrüsst, auch wenn sie nicht völkerrechtlich gestützt war. Die *sachliche Legitimation* hat für mich mehr Bedeutung erlangt als die *formale*, solange die formal zuständige Instanz nicht handeln kann. Jetzt hoffe ich, dass die Nato in Kosovo gute Arbeit leistet und die ganze Bevölkerung schützt, dass die Serben Milosevic loswerden und in sich gehen (das haben sie fast so nötig wie die Deutschen 1945), dass Europa den Aufbau mit Nachdruck unterstützt (so viel waren zerstörte Fabriken nicht wert; es steht noch vieles von der Art in Ostmitteleuropa herum, das niemand will), dass die Uno handlungsfähig gemacht wird und dass viele in dieser Welt begriffen haben, dass Krieg und ethnische Säuberungen nicht ungestraft vorbereitet und ausgelöst werden – darin sind wir uns ja einig. Ich bin sogar optimistisch.

Peter Frikart